

Parlamentssitzung vom 22. Oktober 2007

Bericht und Antrag
des Gemeinderates an das Parlament
betreffend

Initiative „5 statt 7“, Kronprinzeninitiative; Gegenvorschlag des Gemeinderates/Teiländerung der Gemeindeordnung bzw. des Reglements über Abstimmungen und Wahlen

0. Zusammenfassung

Das Parlament hat über zwei wichtigen Initiativen zuhanden der Stimmberechtigten Beschluss zu fassen: Die Initiative „5 statt 7“ will den Gemeinderat von heute 7 Mitgliedern (3 vollamtliche und 4 nebenamtliche) auf 5 Mitglieder (3 hauptamtliche und 2 nebenamtliche) verkleinern. Die Kronprinzeninitiative verlangt, dass bei einem Rücktritt eines hauptamtlichen Mitglieds eine Ersatzwahl stattfindet und nicht mehr automatisch die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nachrückt.

Aufgrund des Zusammenhangs werden beide Initiativbegehren gemeinsam behandelt. Der Gemeinderat hat die Initiativen eingehend geprüft und stellt dem Parlament dazu Antrag.

Initiative „5 statt 7“

Der Gemeinderat hat das Initiativbegehren zum Anlass genommen, sich grundsätzlich mit Vor- und Nachteilen aller ernsthaft in Betracht fallenden Gemeinderatsmodelle auseinander zu setzen. Näher geprüft hat er insbesondere die folgenden Modelle:

- Geltendes Modell (3 vollamtliche und 4 nebenamtliche Mitglieder)
 - Modell „5 statt 7“ (Initiativbegehren)
 - Modell mit 2 hauptamtlichen und 3 nebenamtlichen Mitgliedern
 - Modell mit 1 vollamtlichen und 6 nebenamtlichen Mitgliedern (Modell GFL)
 - Modell 5 hauptamtliche Mitglieder
 - Modell 4 vollamtliche Mitglieder
-

Alle genannten Modelle hat der Gemeinderat anhand verschiedener Kriterien gewürdigt:

- Auswirkungen auf die Effizienz der Gemeinderatstätigkeit
- Auswirkungen auf die Kosten des Organs Gemeinderat und der Verwaltung
- Auswirkungen auf das Kollegialitätsprinzip
- Berücksichtigung der Parteienvielfalt
- Möglichkeit der Berücksichtigung verschiedener Ortsteile (wobei Quoten für Ortsteile für den Gemeinderat zum Vornherein nicht in Betracht fallen)
- Abbildung der Vielfalt von Berufsfeldern
- Einfluss auf die Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder, insbesondere gegenüber der Verwaltung (Möglichkeit der eigenständigen Positionierung)
- Erwartete Akzeptanz der mit einem Modell verbundenen Veränderung gegenüber dem Status Quo
- Intensität allfälliger Nebenwirkungen eines Modells

Die Einzelbewertung führte zu folgenden Zwischenergebnissen:

- Unter den beiden Modellen mit 7 Gemeinderatsmitgliedern ist das heutige Gemeinderatsmodell dem Vorschlag der GFL (1 Hauptamt, 6 Nebenämter) deutlich überlegen.
- Unter den Modellen mit 5 Gemeinderatsmitgliedern und der Beibehaltung von Haupt- und Nebenämtern ist das Modell gemäss Initiative (3 Hauptämter, 2 Nebenämter) demjenigen mit 2 Hauptämtern und 3 Nebenämtern ebenfalls überlegen.
- Unter den Modellen mit ausschliesslich hauptamtlichen Mitgliedern weist dasjenige mit 5 Hauptämtern (zu je 80 Stellenprozenten) deutliche Vorteile gegenüber dem Modell mit 4 Hauptämtern (zu je 100 Stellenprozenten) auf.

Der Gemeinderat hält grundsätzlich das heutige Gemeinderatsmodell für zweckmässig, angemessen und funktionstauglich, weshalb eine Veränderung aus Sicht des Gemeinderates nicht erforderlich und nicht dringend ist. Wenn aber eine Veränderung vorgenommen werden soll, dann hält der Gemeinderat das Initiativmodell für zu wenig innovativ, und es weist gegenüber dem Status Quo auch zu wenig nennenswerte Vorteile auf. Demgegenüber bietet der Übergang zu einem Gemeinderatsmodell mit 5 hauptamtlich tätigen Mitgliedern eine wirkliche Veränderung und er beseitigt das Ungleichgewicht zwischen hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern.

Im Gesamtergebnis gelangt der Gemeinderat zum Schluss, den Stimmberechtigten sollte als Alternative zum Status Quo ein Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern als Gegenvorschlag zur Initiative zum Entscheid unterbreitet werden.

Folgende Eckwerte prägen das gemeinderätliche Modell:

- 5 hauptamtliche Mitglieder mit einem Pensum von je 80 %
- Nebenbeschäftigungen werden nur insoweit zugelassen, als diese zeitlich und sachlich mit dem Amt eines Mitgliedes des Gemeinderates vereinbar sind.

Sollte das Parlament bei der grundlegenden Modellwahl der Empfehlung des Gemeinderates nicht folgen und sich zugunsten eines Modells mit 3 hauptamtlichen und 2 nebenamtlichen Mitgliedern (gemäss Initiativbegehren) entscheiden, so sollte das Parlament nach Auffassung des Gemeinderates auch dann dem Initiativbegehren einen Gegenvorschlag gegenüber stellen, welcher die Mängel der Initiative beseitigt (Verzicht auf Flexibilität der Pensen oder zumindest Einschränkung der Flexibilität und Zuteilung der Stellenprozente auf die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates auf Verordnungsstufe; Verzicht auf Begrenzung auf 350 Stellenprozente; Beschränkung der zulässigen Nebenbeschäftigungen für hauptamtliche Mitglieder).

Der Gemeinderat hat sowohl für das Modell mit 3 hauptamtlichen und 2 nebenamtlichen Mitgliedern als auch für das von ihm als Gegenvorschlag vorgelegte Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern erste Abklärungen über die Auswirkungen auf die Verwaltungsstruktur getroffen. Diese lassen den Schluss zu, dass es bei beiden Modellen gelingen wird, eine zweckmässige, funktionsfähige und auf das jeweilige Modell zugeschnittene Verwaltungsstruktur zu definieren. Detailarbeiten sind erst an die Hand zu nehmen, wenn Klarheit über die Zusammensetzung des Gemeinderates besteht.

Auch über die Auswirkungen auf das Wahlsystem für den Gemeinderat wurden Vorabklärungen vorgenommen. Diese zeigen vorläufig, dass bei einer Aufrechterhaltung des Nebeneinanders von hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern das bisherige Wahlsystem kaum grundlegend verändert werden kann (wenn nicht ein vollständiger Systemwechsel ins Auge gefasst wird), wogegen bei einem Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern des Gemeinderates das Wahlverfahren jedenfalls vereinfacht würde.

Kronprinzeninitiative

Der Gemeinderat hat folgende mögliche Regelungsmodelle näher geprüft:

- Heutige Regelung (automatisches Nachrücken)
- Kronprinzeninitiative (Ersatzwahl bei Rücktritt eines hauptamtlichen Mitglieds)
- Initiativbegehren, aber anwendbar für hauptamtliche und nebenamtliche Mitglieder (also immer Ersatzwahl bei Rücktritt)
- Bieler Modell (beim Rücktritt erhält die betreffende Gemeinderatsliste Gelegenheit, eine Ersatzperson vorzuschlagen. Der Vorschlag kann bestritten werden. Bei erfolgreicher Bestreitung findet eine ordentliche Ersatzwahl statt.)

Diese möglichen Regelungsmodelle hat der Gemeinderat aufgrund folgender Kriterien überprüft:

- Respektierung des Wählerwillens
- Respektierung der Mehrheitsverhältnisse während einer Legislatur
- Vermeidung von Leerlauf
- Funktionieren des Gemeinderates sicherstellen
- Demokratische Legitimation
- Verhinderung von taktisch motivierten Rücktritten

Der Gemeinderat ist dabei zu folgenden Ergebnissen gelangt:

- Eine Änderung der geltenden Regelung ist angezeigt; ein automatisches Nachrücken in ein Gemeinderatsamt wird als nicht gerechtfertigt erachtet.
- Es besteht kein überzeugender Grund, in Bezug auf das Prozedere bei Rücktritten während einer Legislaturperiode hauptamtliche und nebenamtliche Mitglieder des Gemeinderates anders zu behandeln.
- Das Modell Biel stellt einen Kompromiss dar, ist aber keine wirklich überzeugende Alternative.

Der Gemeinderat beantragt, die in der Kronprinzeninitiative vorgesehene Regelung einer Ersatzwahl sowohl für hauptamtliche als auch nebenamtliche Mitglieder einzuführen und den Stimmberechtigten einen entsprechenden Gegenvorschlag zur Initiative zu unterbreiten.

A Einleitung

1. Ausgangslage

1.1 „Kronprinzeninitiative“

Am 16. September 2006 wurde die so genannte Kronprinzeninitiative (Mehr Demokratie – Schluss mit der „Kronprinzenregelung“) mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Die kommunalen Bestimmungen über Abstimmungen und Wahlen sind dahingehend zu ändern, dass bei einem Rücktritt eines hauptamtlichen Mitgliedes früher als 6 Monate vor Ablauf der Amtsdauer Ersatzwahlen gemäss den Bestimmungen über die Ersatzwahl des Gemeindepräsidenten beziehungsweise der Gemeindepräsidentin stattfinden.“

Der Gemeinderat hat am 19. Oktober 2005 das Zustandekommen des Initiativbegehrens festgestellt und seine Gültigkeit bestätigt. Die Initiative wird als ausformulierte Initiative behandelt. Sie verlangt folgende Änderung des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen:

Art. 51 Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates

1 Scheidet ein hauptamtliches Mitglied des Gemeinderats früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60) statt.

2 Scheidet ein nebenamtliches Mitglied aus, rückt die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nach. Art. 50 Abs. 1 und 2 ist sinngemäss anwendbar. Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60) statt.

3 unverändert

4 unverändert

(Bestehender Art. 51 des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005: Beilage 3a)

1.2 Initiative „5 statt 7“

Am 13. Oktober 2006 wurde die Initiative „5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder“ eingereicht. Sie verlangt folgende Änderung der Gemeindeordnung:

Art. 56

1 Der Gemeinderat besteht aus 5 Mitgliedern:

- a) der hauptamtlichen Präsidentin oder dem hauptamtlichen Präsidenten (Beschäftigungsgrad mind. 80 Stellenprozente),*
- b) zwei weiteren hauptamtlichen Mitgliedern (Beschäftigungsgrad mind. 80 Stellenprozente),*
- c) zwei nebenamtlichen Mitgliedern.*

2 Der Gemeinderat beansprucht insgesamt maximal 350 Stellenprozente.

3 Die Zuteilung der Stellenprozente auf die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates wird in einem Reglement des Parlaments geregelt.

Art. 57

*1 Die hauptamtlichen Mitglieder des Gemeinderates mit einem Beschäftigungsgrad von 100 Stellenprozente dürfen keine andere Erwerbstätigkeit ausüben.
(Rest von Artikel 57 unverändert)*

(Bestehende Art. 56, 57 und 31 Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004: Beilage 1a)

Am 8. November 2006 stellte der Gemeinderat auch das Zustandekommen dieses Initiativbegehrens fest und bestätigte die Gültigkeit.

1.3 Gemeinsame Behandlung

Die beiden Initiativen haben zwar unterschiedliche Anliegen, betreffen aber beide das Gemeindeorgan Gemeinderat. Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, beide Initiativen dem Parlament zuhanden der Stimmberechtigten gemeinsam zu unterbreiten. Die formelle Beschlussfassung über die beiden Initiativbegehren erfolgt allerdings getrennt. Die Volksabstimmung war ursprünglich am 25. November 2007 vorgesehen; da aber Bund und Kanton am 25. November 2007 keine Vorlagen zur Abstimmung unterbreiten, soll diese am 24. Februar 2008 stattfinden.

1.4 Antragstellung des Gemeinderates

Beide Initiativbegehren fallen in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten. Das Parlament hat die Initiativbegehren innerhalb von längstens 24 Monaten nach der Gültigerklärung den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Es kann ihnen die Annahme oder Ablehnung der Initiativen beantragen und einen Gegenvorschlag unterbreiten.

Gemäss Artikel 13 Abs. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Gemeinderat dem Parlament einen **Antrag** zu gültigen Initiativen. Der Gemeinderat ist zuständig für die "Aufbereitung" der Initiativen und der damit zusammenhängenden Reglementsrevisionen zuhanden des Parlamentes (Art. 62 lit. d Gemeindeordnung). Diese Regelung gilt generell und, ist ganz besonders bei den hier zu behandelnden Initiativbegehren sinnvoll und zweckmässig, betreffen doch die beiden Initiativbegehren die Zusammensetzung und Aspekte des Wahlverfahrens des Gemeinderates.

Das Parlament ist an die Anträge des Gemeinderates zu den Initiativbegehren nicht gebunden, sondern entscheidet frei, mit welcher Empfehlung es die Initiativbegehren den Stimmberechtigten vorlegen will.

2. Vorgehen

2.1 Ablauf

Der Gemeinderat hat sich sorgfältig und intensiv mit den beiden Initiativbegehren auseinandergesetzt. In mehreren Klausursitzungen hat er die sich im Zusammenhang mit den beiden Initiativbegehren stellenden grundsätzlichen Themen aufgearbeitet und in einem intensiven Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess diskutiert und schliesslich seinen Antrag an das Parlament verabschiedet. Aufgrund der besonderen Thematik und der direkten Betroffenheit der Gemeinderatsmitglieder hat er für seine Klausurtagungen einen externen Moderator beigezogen, der ihn auch bei der Methodik der Willensbildung und Entscheidungsfindung unterstützt hat.

2.2 Erweiterung der Thematik

Wie im Einzelnen nachfolgend noch darzulegen sein wird, hat der Gemeinderat die beiden Initiativbegehren zum Anlass genommen, sich grundsätzlich mit den Vorzügen und Schwächen aller in Betracht fallenden Gemeinderatsmodelle auseinander zu setzen und auch die Grundzüge des Wahlverfahrens für den Gemeinderat kritisch zu überprüfen. Zudem werden zumindest die groben Auswirkungen des Gemeinderatsmodells gemäss eingereichter Volksinitiative sowie näher in die Analyse einbezogener anderer Gemeinderatsmodelle auf die Verwaltungsstruktur in die Erwägungen einbezogen.

Gegenstand der Vorlage bilden aber einzig die mit den beiden Initiativbegehren konkret aufgeworfenen Fragen, also die Zusammensetzung des Gemeinderates einerseits und das Vorgehen beim Rücktritt eines Gemeinderatsmitglieds andererseits. Es wäre im Lichte des Grundsatzes der „Einheit der Materie“ nicht zulässig, beispielsweise im Gegenvorschlag des Gemeinderates zur Initiative „5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder“ auch die Verwaltungsstruktur rechtlich zu verankern oder die Kronprinzeninitiative zum Anlass zu nehmen, um im Rahmen eines Gegenvorschlags ein vollständig neu konzipiertes Wahlsystem für den Gemeinderat vorzuschlagen.

B Zusammensetzung Gemeinderat

3. Initiative „5 statt 7 Gemeinderatsmitglieder“

3.1 Inhalt

Der Wortlaut der Initiative ist bereits in Ziffer 1.2 wiedergegeben.

Zusammengefasst verlangt das Volksbegehren wie bisher drei hauptamtliche, aber nur noch zwei statt vier nebenamtliche Gemeinderatsmitglieder. Der Beschäftigungsgrad soll flexibel sein, und zwar für hauptamtliche Gemeinderatsmitglieder 80-100 %, für die beiden nebenamtlichen 25-55 %. Insgesamt darf der Gemeinderat nicht mehr als 350 Stellenprozente beanspruchen. Die Zuteilung der Stellenprozente auf die einzelnen Gemeinderatsmitglieder soll in einem Reglement durch das Parlament geordnet werden. Vollamtliche Gemeinderatsmitglieder mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % sollen keine andere Erwerbstätigkeit ausüben dürfen.

3.2 Vorläufige Würdigung des Initiativbegehrens durch den Gemeinderat

3.2.1 Grundsatz: Kein objektiv zwingender Veränderungsbedarf

In einer Gesamtwürdigung der heutigen Situation gelangt der Gemeinderat zum Ergebnis, dass keine objektiv zwingenden Gründe vorliegen, welche eine Änderung des heutigen Gemeinderatsmodells als geboten erscheinen lassen. Der Gemeinderat funktioniert in seiner heutigen Struktur als Gesamtorgan (Kollegium) gut und ist in der Lage, seine strategische Rolle und seine Führungsaufgaben wahrzunehmen, auch wenn einzelne nebenamtliche Gemeinderatsmitglieder Nachteile etwa in Bezug auf den Gesamt-Informationsstand anmelden und die Unterscheidung zwischen Hauptamt und Nebenamt als nicht in jeder Hinsicht befriedigend empfinden. Auch die Führung der Direktionen durch die einzelnen Gemeinderatsmitglieder ist mit dem heutigen System grundsätzlich gewährleistet.

Obwohl der Gemeinderat eine Änderung der Gemeinderatsstruktur für nicht zwingend erforderlich und nicht dringlich hält, erblickt er in einer grundsätzlichen Diskussion der Vor- und Nachteile von in Betracht fallenden Gemeinderatsmodellen, wie sie durch die Initiative „5 statt 7“ ausgelöst wird, auch eine Chance. Deshalb hat der Gemeinderat die Einreichung der Initiative zum Anlass genommen, sich vertieft mit den Vor- und Nachteilen des heutigen Gemeinderatsmodells und der ernsthaft in Betracht fallenden Alternativen dazu auseinander zu setzen.

3.2.2 Mängel des Initiativbegehrens

Das mit der Initiative vorgesehene Gemeinderatsmodell ist aus Sicht des Gemeinderates mit einer Reihe von Mängeln behaftet:

- Es sieht Flexibilitäten bei den Pensen der einzelnen Gemeinderatsmitglieder vor, die zu weit gehen. Es ist bei einer derart flexiblen Ausgestaltung kaum möglich, eine beständige Verwaltungsstruktur zu installieren, da je nach der konkreten Verteilung der Pensen Veränderungen vorzunehmen sind.
- Die Beschränkung auf max. 350 Stellenprozente für den Gemeinderat insgesamt ist in dieser absoluten Form nicht zweckmässig und wird den Aufgaben der Königer Exekutive nicht gerecht. Sie führt dazu, dass weniger Führungskapazität bei den demokratisch gewählten und legitimierten Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung steht. Dies führt

im Ergebnis zu einer Schwächung der Exekutive gegenüber der (nicht in gleicher Weise demokratisch legitimierten) Verwaltung.

- Die Möglichkeit, dass hauptamtliche Gemeinderatsmitglieder, die nicht ein 100 %-Pensum als Gemeinderat/Gemeinderätin wahrnehmen, ohne Einschränkung einen Nebenerwerb erzielen dürfen, ist aus Sicht des Gemeinderates problematisch, da Interessenkonflikte zu befürchten sind.
- Die vorbehaltene Regelung der Zuteilung der einzelnen Pensen auf die Mitglieder des Gemeinderates mittels Reglement schafft Unsicherheit und lässt zu vieles offen.

Da also die eingereichte Initiative nach der Überzeugung des Gemeinderates keine wirklich überzeugende Alternative zum heutigen Modell darstellt, hat der Gemeinderat eine grundsätzliche Analyse vorgenommen. Diese wird im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

4. Vergleich von in Betracht fallenden Gemeinderats-Modellen

4.1 Die hauptsächlichen Grundfragen

Die Suche nach dem für Köniz „richtigen“ Gemeinderatsmodell ist zwingend verbunden mit einer Lokalisierung der hauptsächlichen Grundsatzfragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen. Für den Gemeinderat stehen dabei die im Folgenden kurz dargestellten Fragen im Vordergrund:

4.1.1 Anzahl Mitglieder

Wie viele Mitglieder braucht der Gemeinderat? Dabei hängt die Antwort auf diese Fragestellung von anderen Aspekten ab. Stellt man beispielsweise die reine Effizienz des gemeinderätlichen Handelns in den Vordergrund, so fällt die Antwort anders aus, als wenn man sich hauptsächlich an der parteipolitischen oder geografischen Repräsentativität des Gemeinderates ausrichtet.

4.1.2 Hauptamt / Nebenamt

Bisher ist das Nebeneinander von hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern ein prägendes Merkmal des Gemeinderates von Köniz. Auch die Initiative „5 statt 7“ will daran nichts ändern. Dennoch fragt sich, ob unter den heutigen Gegebenheiten und insbesondere unter der Prämisse einer Reduktion der Anzahl der Gemeinderatsmitglieder dieses Nebeneinander noch zu rechtfertigen sei.

4.1.3 Beschäftigungsgrad / Nebenerwerb / anderes politisches Amt

Wichtig im Zusammenhang mit der Diskussion um das Gemeinderatsmodell ist die Frage, ob der Beschäftigungsgrad der Gemeinderatsmitglieder (hauptamtlich oder nebenamtlich) vorgegeben sein soll oder vom einzelnen Gemeinderatsmitglied – innerhalb einer bestimmten Bandbreite – frei gewählt werden kann, beziehungsweise ob der Beschäftigungsgrad nur in Abhängigkeit von bestimmten anderen politischen Ämtern variieren darf. Im gleichen Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob Gemeinderatsmitglieder, die nicht zu 100 % diese Tätigkeit ausüben, einen Nebenerwerb ausüben dürfen, oder ob dies nur für „echt“ nebenamtlich tätige Gemeinderatsmitglieder zulässig sein soll.

4.1.4 Berücksichtigung Ortsteile

Bei einer derart vielfältigen Gemeinde, wie sie Köniz darstellt, ergibt sich die Frage, ob beim Gemeinderatsmodell auch darauf Rücksicht genommen werden soll, dass die verschiedenen Ortsteile angemessene Chancen haben, ein Mitglied des Gemeinderates zu stellen. Theoretisch verhält es sich so, dass die Chancen der einzelnen Gemeindeteile, im Gemeinderat repräsentiert zu sein, mit der Gesamtzahl der Gemeinderatsmitglieder steigen.

4.2 Kriterien für die Bewertung von Modellen

4.2.1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die Beurteilung der Eignung und Zweckmässigkeit bestimmter Gemeinderatsmodelle für eine Gemeinde ist keine exakte Wissenschaft. Es gibt mit anderen Worten nicht das „richtige“ Gemeinderatsmodell für eine bestimmte Gemeinde. Vielmehr handelt es sich um einen wesentlich von politischen Einstellungen und Haltungen geprägten Entscheid.

Dies schliesst nicht aus, die einzelnen in Betracht fallenden Modelle soweit möglich nach rationalen Kriterien zu würdigen und auf ihre Vereinbarkeit mit spezifischen Besonderheiten der konkreten Gemeinde zu beurteilen. Aber es würde der eindeutig politischen Natur des Entscheides nicht gerecht, wenn die als relevant erachteten Kriterien und die entsprechende Bewertung der einzelnen Modelle zur alleinigen Grundlage erklärt würden.

4.2.2 Kriterien des Gemeinderates

Bei der Würdigung der aus seiner Sicht ernsthaft in Betracht zu ziehenden Modelle hat der Gemeinderat insbesondere die folgenden Kriterien als relevant erachtet:

- Auswirkungen auf die Effizienz der Gemeinderatstätigkeit
- Auswirkungen auf die Kosten, und zwar sowohl des Organs Gemeinderat als auch der Verwaltung
- Auswirkungen auf das Kollegialitätsprinzip
- Berücksichtigung der Parteienvielfalt
- Möglichkeit der Berücksichtigung verschiedener Ortsteile (wobei Quoten für Ortsteile für den Gemeinderat zum Vornherein nicht in Betracht fallen)
- Abbildung der Vielfalt von Berufsfeldern
- Einfluss auf die Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder, insbesondere gegenüber der Verwaltung (Möglichkeit der eigenständigen Positionierung)
- Erwartete Akzeptanz der mit einem Modell verbundenen Veränderung gegenüber dem Status Quo
- Intensität allfälliger Nebenwirkungen eines Modells

Sicher gibt es weitere Kriterien, die ebenfalls berücksichtigt werden könnten. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass die von ihm einbezogenen Kriterien erlauben, die in Betracht fallenden Gemeinderatsmodelle in ausreichender Weise zu würdigen.

4.3 Näher geprüfte Gemeinderatsmodelle

Wie bereits erwähnt hat der Gemeinderat die Einreichung der Initiative „5 statt 7“ zum Anlass genommen, sich grundsätzlich mit den Vor- und Nachteilen der ernsthaft in Betracht fallenden Gemeinderatsmodelle auseinander zu setzen. Er hat dabei in einem ersten Schritt bewusst eine Mehrzahl von Modellen näher beleuchtet. In diese Evaluation einbezogen hat der Gemeinderat folgende Modelle:

4.3.1 Geltendes Modell

Das zurzeit geltende Gemeinderatsmodell mit 3 vollamtlichen (je 100 %) und 4 nebenamtlichen (je 25 %) ist bekannt und braucht keine nähere Erläuterung.

4.3.2 Modell „5 statt 7“ (Initiative)

Das Initiativbegehren, das bereits an anderer Stelle erläutert worden ist (vgl. Ziffer 1.2 und 3.1) sieht 3 hauptamtliche (80-100 %) und 2 nebenamtliche (25-55 %) Mitglieder vor; insgesamt darf der Gemeinderat nicht mehr als 350 Stellenprozente beanspruchen.

4.3.3 Modell 2 hauptamtliche und 3 nebenamtliche Mitglieder

Ausgehend von einem der Hauptziele der Initiative, die Gesamtzahl der Gemeinderatsmitglieder auf 5 zu reduzieren, hat der Gemeinderat auch ein Modell mit 2 hauptamtlichen und 3 nebenamtlichen Mitgliedern in die Evaluation einbezogen. Dabei ist für die vollamtlichen Mitgliedern von einem Beschäftigungsgrad von 100 % auszugehen, für die nebenamtlichen von einem Beschäftigungsgrad von mind. 50 %.

4.3.4 Modell 1 hauptamtliches und 6 nebenamtliche Mitglieder (Modell GFL)

Seitens der GFL Köniz ist in einem vom 3. November 2005 datierten Arbeitspapier ein Exekutivmodell vorgestellt worden, das 1 hauptamtliches (100 oder 80 %) und 6 nebenamtliche (20-50 %) Mitglieder vorsieht. Jedes Gemeinderatsmitglied soll die Möglichkeit haben, neben dem Gemeinderatsamt im Grossen Rat oder im Nationalrat Einsitz zu nehmen, wobei dies mit 10 bzw. 30 Stellenprozenten angerechnet würde. Die Stellenprozente anderer Tätigkeiten werden bewertet. Insgesamt soll ein Beschäftigungsgrad von max. 110 % möglich sein.

4.3.5 Modell 5 hauptamtliche Mitglieder

Während die Modelle gemäss Ziffern 4.3.1 bis 4.3.4 eine Mischung von hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern vorsehen, sieht das Modell „5 Hauptamtliche“ keine nebenamtlichen Mitglieder mehr vor. Für den Gemeinderat stellt dieses Modell eine ernsthafte Alternative sowohl zum heutigen System als auch zum Initiativmodell dar. Es ist aber für ihn nur realistisch, wenn der Beschäftigungsgrad aller 5 hauptamtlich tätigen Mitglieder auf 80 % fixiert wird, womit der Gesamtbeschäftigungsgrad gegenüber dem heutigen System unverändert bleibt.

4.3.6 Modell 4 vollamtliche Mitglieder

Der Wechsel zu einem System mit ausschliesslich vollamtlichen Mitgliedern, die zu 100 % tätig sind, ist für den Gemeinderat nur bei einer Beschränkung auf 4 vollamtliche Mitglieder denkbar. Eine gerade Anzahl von Gemeinderatsmitgliedern kennt im Kanton Bern soweit ersichtlich nur die Stadt Biel (4 hauptamtliche und 4 nebenamtliche Mitglieder, ohne Ressortverantwortung).

4.4 Die Modelle im Vergleich

4.4.1 Hauptsächlichliche Vor- und Nachteile der einzelnen Modelle

Jedes Mitglied des Gemeinderates hat die in die Evaluation einbezogenen Gemeinderatsmodelle aufgrund der vorstehend beschriebenen Kriterien (vgl. Ziffer 4.2.2) bewertet und der Gemeinderat hat im Kollegium die Ergebnisse dieser Bewertung diskutiert. Im Folgenden werden die hauptsächlichlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Modelle zusammengefasst.

- Heutiges System
Das heutige Gemeinderatsmodell weist insbesondere den Vorteil auf, dass es die Vielfalt der Parteien gut abbildet und auch eine Berücksichtigung der verschiedenen Ortsteile sowie von Angehörigen verschiedenartiger Berufsfelder eine Einsitznahme im Gemeinderat ermöglicht. Auch bezüglich der Effizienz und des Kollegialitätsprinzips schneidet das Modell recht gut ab. Eher als Nachteil wird angesehen, dass die eigenständige Positionierung der nebenamtlichen Mitglieder gegenüber der Verwaltung faktisch beschränkt ist.
- 3 hauptamtliche und 2 nebenamtliche Mitglieder (Initiative)
Dieses Modell weist Vorteile bei der Effizienz und bei den Kosten auf, während es die Vielfalt von Parteien, Ortsteilen und Berufsfeldern weniger abbilden kann.
- 2 vollamtliche und 3 nebenamtliche Mitglieder
Dieses Modell weist bezüglich der Kosten Vorteile auf, wird aber hinsichtlich Effizienz eher negativ bewertet. Bezüglich der Abbildung der Vielfalt von Parteien, Ortsteilen und Berufen wird es gleich bewertet wie das Initiativmodell.
- Modell GFL (1 Hauptamt, 6 Nebenämter)
Dieses Modell ist in Bezug auf die Abbildung der Vielfalt der Parteien, Ortsteile und Berufe positiv (wie der Status Quo), dagegen negativ in Bezug auf die Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder und auf die Effizienz der Gemeinderatstätigkeit.
- 5 hauptamtliche Mitglieder
Dieses Modell wird in Bezug auf Effizienz der gemeinderätlichen Tätigkeit und Kollegialität positiv bewertet; hinsichtlich der Abbildung der Vielfalt von Parteien, Ortsteilen und Berufen wird es ähnlich bewertet wie andere Modelle mit 5 Mitgliedern. Die Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder gegenüber der Verwaltung wird bei diesem Modell als gross erachtet.
- 4 vollamtliche Mitglieder
Dieses Modell wird in Bezug auf die Effizienz der gemeinderätlichen Tätigkeit sehr positiv bewertet, wogegen in Bezug auf die Kollegialität das Modell schlechter bewertet wird als jenes mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern. In Bezug auf die Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder liegt kein Unterschied zwischen den beiden Modellen mit ausschliesslich hauptamtlichen Mitgliedern vor.

Eine Analyse nach den einzelnen Kriterien ergibt folgende besonders hervorzuhebende Ergebnisse:

- Effizienz
Die Modelle mit ausschliesslich hauptamtlichen Mitgliedern schneiden am besten ab. Bemerkenswert ist, dass das Initiativmodell besser bewertet wird als der Status Quo.
- Kosten
Das Initiativmodell sowie das Modell mit 2 vollamtlichen und 3 nebenamtlichen Mitgliedern werden am positivsten beurteilt. Bei den übrigen Modellen ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Zu beachten ist, dass im heutigen Zeitpunkt erst die direkten Konsequenzen für das Organ Gemeinderat bekannt sind, wogegen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Verwaltung keine Sicherheit bestehen kann; vgl. dazu auch Ziffer 6.1.
- Kollegialität
Das Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern wird (knapp) am positivsten beurteilt. Die übrigen Modelle werden ähnlich beurteilt, dasjenige mit nur 4 vollamtlichen Mitgliedern deutlich schlechter.
- Vielfalt Parteien/Ortsteile/Berufe
Hier schneiden die Modelle mit 7 Mitgliedern (Status Quo und Modell GFL) deutlich am positivsten ab. Die übrigen Modelle werden ähnlich bewertet, dasjenige mit nur 4 vollamtlichen Mitgliedern am schlechtesten.
- Unabhängigkeit der Gemeinderatsmitglieder
Hier sind die beiden Modelle mit ausschliesslich hauptamtlichen Mitgliedern am positivsten, während die übrigen Modelle ähnlich bewertet werden.
- Akzeptanz der erwarteten Veränderung/Nebenwirkungen
Hier ist die Bewertung stark unterschiedlich.

4.4.2 Folgerungen des Gemeinderates

Für den Gemeinderat führte die Einzelbewertung der in Betracht gezogenen Modelle zu folgendem Zwischenergebnis:

- Unter den beiden Modellen mit 7 Gemeinderatsmitgliedern ist das heutige Gemeinderatsmodell dem Vorschlag der GFL (1 Hauptamt, 6 Nebenämter) deutlich überlegen.
- Unter den Modellen mit 5 Gemeinderatsmitgliedern und der Beibehaltung von Haupt- und Nebenämtern ist das Modell gemäss Initiative (3 Hauptämter, 2 Nebenämter) demjenigen mit 2 Vollämtern und 3 Nebenämtern ebenfalls überlegen.
- Unter den Modellen mit ausschliesslich hauptamtlichen Mitgliedern weist dasjenige mit 5 Hauptämtern (zu je 80 Stellenprozenten) deutliche Vorteile gegenüber dem Modell mit 4 Vollämtern (zu je 100 Stellenprozenten) auf.

Somit verblieben für den Gemeinderat die folgenden drei Modelle:

- Status Quo (3 Vollämter, 4 Nebenämter)
- Initiative „5 statt 7“ (3 Hauptämter, 2 Nebenämter)
- 5 Hauptämter (zu je 80 Stellenprozenten)

Wie bereits ausgeführt, hält der Gemeinderat grundsätzlich das heutige Gemeinderatsmodell für zweckmässig, angemessen und funktionstauglich (vgl. Ziffer 3.2.1). Aus dieser Optik hält der Gemeinderat eine Veränderung für nicht erforderlich und nicht für dringend erforderlich.

Aufgrund der eingereichten Initiative werden die Stimmberechtigten jedenfalls über eine Veränderung der Gemeinderatsstruktur zu befinden haben. Wenn eine Veränderung vorgenommen werden soll, dann hält der Gemeinderat das Initiativmodell für zu wenig innovativ, und es weist gegenüber dem Status Quo auch zu wenig nennenswerte Vorteile auf.

Der hervorstechendste Unterschied zwischen der heutigen Gemeinderatsstruktur und dem Modell gemäss Initiativbegehren besteht in der Anzahl der Gemeinderatsmitglieder, die von heute 7 auf 5 reduziert würde, indem die Anzahl der nebenamtlichen Mitglieder von 4 auf 2 verkleinert würde. Damit erfährt die grundsätzliche Struktur mit einem Nebeneinander von hauptamtlich und nebenamtlich tätigen Mitgliedern keine Veränderung. Je nach Verwaltungsstruktur wird entweder die Belastung der hauptamtlichen oder der nebenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhöht. Mit der deutlichen Reduktion (um mehr als 10 %) der Ressourcen des Gemeinderates werden indirekt die nicht mehr durch das Gemeinderatskollegium bzw. die einzelnen Gemeinderatsmitglieder wahrnehmbaren Führungsfunktionen auf die Verwaltung verlagert. Der Gemeinderat hält dies für problematisch. Absehbar ist zudem, dass eine Reduktion der Gesamtzahl der Mitglieder bei gleichzeitiger Beibehaltung von haupt- und nebenamtlichen Mitgliedern beim Wahlverfahren die bereits bestehenden Schwierigkeiten noch akzentuieren würde.

Demgegenüber bietet der Übergang zu einem Gemeinderatsmodell mit 5 hauptamtlich tätigen Mitgliedern eine wirkliche Veränderung. Einzelne nebenamtliche Mitglieder des Gemeinderates erachten ihren Status als insgesamt nicht wirklich befriedigend, da sie trotz grossem (über ihren eigentlichen Beschäftigungsgrad hinausgehendem) Einsatz nicht über den gleichen Informationsstand verfügen können wie die hauptamtlich tätigen Mitglieder. Zudem ist nicht zu übersehen, dass die Aufgabenbereiche einzelner nebenamtlicher Mitglieder weniger strategische Schwerpunkte beinhalten als die Tätigkeitsbereiche der hauptamtlich tätigen Mitglieder. Dieses Ungleichgewicht würde mit dem Wechsel zu einem Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern entfallen.

Im Gesamtergebnis gelangt der Gemeinderat zum Schluss, den Stimmberechtigten sollte als Alternative zum Status Quo ein Modell mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern zum Entscheid unterbreitet werden.

4.5 Folgerung: Gegenvorschlag zur Initiative „5 statt 7“

Der Gemeinderat schlägt somit dem Parlament vor, der Initiative „5 statt 7“ einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen und den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Dieser Gegenvorschlag sieht eine Teilrevision der Gemeindeordnung vor und lautet konkret wie folgt:

Art. 56 Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht einschliesslich der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten aus 5 Mitgliedern mit einem Beschäftigungsgrad von 80 %.

Art. 57 Nebenbeschäftigungen, politische und öffentliche Ämter

1 Die Mitglieder des Gemeinderates dürfen eine Nebenbeschäftigung ausüben, soweit diese zeitlich und sachlich mit dem Amt eines Mitglieds des Gemeinderates vereinbar ist.

2 Ein Mitglied des Gemeinderates darf nicht gleichzeitig der Bundesversammlung und dem Grossen Rat angehören.

3 aufgehoben

4 Sämtliche Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Interessenbindungen sowie Gemeindevertretungen sind in einem Register offenzulegen.

5 Das Parlament regelt die zum Vollzug nötigen Ausführungsbestimmungen in einem Reglement.

Art. 31 Wahlen

Die Stimmberechtigten wählen im Verhältniswahlverfahren (Proporz):

a) unverändert

b) die Mitglieder des Gemeinderates

c) aufgehoben

und im Mehrheitswahlverfahren (Majorz)

d) die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten.

(Bestehende Art. 56, 57 und 31 Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004: Beilage 1a)

Folgende Elemente dieses Gegenvorschlages sind hervorzuheben:

- Es wird ausdrücklich in der Gemeindeordnung verankert, dass die 5 hauptamtlichen Mitglieder ein Pensum von 80 % innehaben. Eine Änderung müsste also wiederum durch die Stimmberechtigten genehmigt werden.
- Der Beschäftigungsgrad ist fest und nicht flexibel. Damit wird den Interessen der Gemeinde gegenüber allfälligen Anliegen nach Pensenanänderung klar der Vorrang gegeben. Es wird auch Rechtssicherheit geschaffen. Zudem entfällt die (aus Sicht des Gemeinderates unerwünschte) Notwendigkeit, zumindest bei bedeutenden Pensenanänderungen auch Anpassungen an der Verwaltungsstruktur vorzunehmen.
- Es werden weiterhin Gemeinderatsmitglieder aus verschiedenen Berufen und in verschiedenen Lebenssituationen angesprochen. Gemeinderatsmitgliedern soll neben dem - klar im Vordergrund stehenden - Amt als Gemeinderätin oder Gemeinderat die Ausübung eines anderen politischen Amtes, einer beschränkten Nebenbeschäftigung, die Übernahme familiärer Aufgaben oder auch Weiterbildungen ermöglicht werden.
- Hinsichtlich der Nebenbeschäftigungen sind grundsätzlich 2 Stossrichtungen zu unterscheiden: Mit einer strengen Regelung, die Nebenbeschäftigungen und insbesondere den eigentlichen Nebenerwerb nur unter restriktiven Bedingungen zulässt, können denkbare Interessenkollisionen schon weitgehend vermieden werden. Es ist aber auch möglich, die Frage der Nebenbeschäftigungen auf generell-abstrakter Ebene relativ offen zu regeln und der Ethik und Vernunft der Einzelnen sowie der politischen Kontrolle der Parteien und der Öffentlichkeit zu überlassen, im Einzelfall verträgliche Lösungen zu finden.

Der Gemeinderat hält dafür, auf Stufe der Gemeindeordnung nur das Grundsätzliche zu regeln, Einzelheiten dagegen in einem Erlass des Parlaments zu ordnen. Grundsätzlich sollen Nebenbeschäftigungen nur insoweit zulässig sein, als sie mit den Anforderungen und dem Beschäftigungsgrad eines Gemeinderatsmitglieds überhaupt vereinbar sind. Es soll aber nicht auf Stufe Gemeindeordnung im Einzelnen geregelt werden, welche Tätigkeiten als vereinbar erachtet werden. Immerhin sollte auf Reglementsstufe ausgeschlossen werden, dass im Rahmen einer Nebenbeschäftigung bzw. eines eigentlichen Nebenerwerbs ein Gemeinderatsmitglied Geschäftsbeziehungen mit der Gemeinde und ihren allfälligen Anstalten pflegen kann. Auch der Umfang der Pflicht zur Ablieferung von Entschädigungen (gemäss Art. 5 des Reglementes über die Entschädigung der Behördemitglieder) wird im Lichte der Regelung über die zulässigen Nebenbeschäftigungen zu überprüfen sein.

Die bisher in Art. 57 Abs. 3 der Gemeindeordnung enthaltene Regelung über die Vertretung der Gemeinde in Unternehmungen und Organisationen ist nicht von derart grundsätzlicher Natur, dass sie in die Gemeindeordnung gehört. Sie soll Teil der vom Parlament zu erlassenden Regelung bilden.

- Den Gemeinderatsmitgliedern soll die Ausübung eines anderen politischen Amtes (Grosser Rat oder Bundesversammlung) möglich sein, allerdings nicht die Kumulation der beiden politischen Ämter (die ja schon aus praktischen Gründen kaum zu bewerkstelligen ist, zumal bei einem 80%- Beschäftigungsgrad als Mitglied des Gemeinderates).
- Die Pflicht zur Offenlegung von Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Interessenbindungen sowie Gemeindevertretungen ist zentral. Sie wird jedenfalls dafür sorgen, dass die Gemeinderatsmitglieder bei der Annahme von Vertretungsmandaten sowie beim Eingehen von Nebenbeschäftigungen die erwünschte Vorsicht walten lassen.
- Die vom Parlament zu erlassende Regelung erfasst nicht ausschliesslich die Ablieferung der Entschädigungen (wie gemäss bisherigem Art. 57 Abs. 5 der Gemeindeordnung), sondern die gesamte Thematik, die mit den Nebenbeschäftigungen im Zusammenhang steht. Die einzelnen Regelungsteile sind auch in ihren gegenseitigen Bezügen zu sehen. So wird z. B. die angemessene Regelung einer Abgangsentschädigung beim Ausscheiden aus dem Gemeinderatsamt auch vom Ausmass der als zulässig erachteten Nebenbeschäftigungen (die ja auch den „Wiedereinstieg“ in eine andere als die Gemeinderats-tätigkeit erleichtern können) abhängen.

5. Motion SP/JUSO-Fraktion betr. flexible Arbeitszeiten Exekutive

(Vorstoss Nr. 0402 mit Antwort des Gemeinderates vom 19. Mai 2004 und Verlängerung der Erfüllungsfrist vom 21. August 2006, Beilage 2)

Mit dem als Postulat erheblich erklärten Vorstoss soll die Möglichkeit einer Pensenreduktion bzw. Pensenanpassung für hauptamtliche und nebenamtliche Gemeinderatsmitglieder bei einem Gesamtpensum von 400 Stellenprozent geprüft werden. Wie bereits ausgeführt, hat der Gemeinderat sich beim Vergleich der in Betracht fallenden Gemeinderats-Modellen auch eingehend mit dem Beschäftigungsgrad der Gemeinderatsmitglieder auseinandergesetzt. Nach dem Abwägen aller Vor- und Nachteile gibt er den Interessen der Gemeinde gegenüber allfälligen Anliegen der Gemeinderatsmitglieder nach Pensenänderung klar den Vorrang. Im Übrigen wäre durch die Annahme des Gegenvorschlages das Hauptanliegen des Vorstosses -

nämlich den hauptamtlichen Mitgliedern Zeit für ein Grossratsmandat, für die Familie oder für Weiterbildungen einzuräumen - erfüllt, ohne dass die erheblichen Nachteile der flexiblen Pensen auf die Verwaltungsstruktur zum Tragen kämen. Sollte die Initiative 5 statt 7 angenommen werden, ist der Vorstoss ebenfalls erfüllt. Aus diesen Gründen wird die Abschreibung des Postulates beantragt.

6. Auswirkungen auf die Verwaltungsstruktur und das Wahlverfahren

6.1 Verwaltungsstruktur

Sowohl das Gemeinderatsmodell gemäss Initiativbegehren als auch der gemeinderätliche Gegenvorschlag haben zwingend Auswirkungen auf die Verwaltungsstruktur. Der Gemeinderat hat im Sinne einer Vorabklärung vorläufig geprüft, ob sich zweckmässige und funktionsfähige Verwaltungsstrukturen für diese beiden Modelle erarbeiten lassen. Diese Frage kann vorbehaltlos bejaht werden, auch wenn zurzeit keine ins Detail gehende Ergebnisse oder Zwischenergebnisse vorliegen. Letztlich ist es so, dass der politische Grundentscheid für eine bestimmte Zusammensetzung des Gemeinderates Vorrang hat. Die Verwaltungsstruktur ist so auszugestalten, dass sie den entsprechenden Vorgaben Rechnung trägt.

Für den Fall, dass das Gemeinderatsmodell gemäss Initiativbegehren angenommen würde, wäre insbesondere zu prüfen, ob die heutigen 3 vollamtlichen Direktionen zumindest in den Grundzügen bestehen bleiben sollen, wofür auf den ersten Blick für den Gemeinderat einiges spricht. Dies würde nicht ausschliessen, einzelne nicht zum Kernbereich gehörende Aufgaben allenfalls in andere Direktionen zu verschieben. Hauptziel muss immer sein, sachlich zueinander passende Aufgabenpakete zu bilden und die Belastung der Direktionen gemäss dem Beschäftigungsgrad des entsprechenden Gemeinderatsmitgliedes auszugestalten.

Bei Annahme des gemeinderätlichen Gegenvorschlags mit 5 hauptamtlichen Mitgliedern zu 80 % würde es in erster Linie darum gehen, 5 möglichst ausgeglichene – hinsichtlich Belastung, strategischer Ausrichtung und politischer Gewichtung – Direktionen zu bilden und möglichst wenige Schnittstellen zu schaffen. Auch hier würde zu prüfen sein, ob zumindest die Kernbereiche der heutigen vollamtlichen Direktionen beibehalten werden können, oder ob grössere Verschiebungen von Aufgabenbereichen erforderlich sind, um eine Gleichwertigkeit der 5 Direktionen zu erzielen bzw. sachlich überzeugende Aufgabenpakete zu bilden. Speziell zu prüfen wäre bei diesem Modell, ob die Zusammenfassung von Präsidialfunktion und Finanzen bei einer Direktion beibehalten werden kann und soll. – Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Reduktion von 7 auf 5 Direktionen, verbunden mit der Umstellung auf 5 hauptamtliche Gemeinderatsmitglieder, Synergiegewinne auf Verwaltungsebene ermöglichen wird; diese lassen sich vor einer vertieften Beschäftigung mit der Verwaltungsstruktur nicht beziffern, werden aber mit Bestimmtheit mehr als 100'000.-- (= Kostenersparnis der Initiative) betragen. Der Gemeinderat würde für die Arbeiten an der Verwaltungsstruktur eine entsprechende Zielvorgabe definieren.

Der Gemeinderat wird unmittelbar nach dem Entscheid über das Gemeinderatsmodell die Vertiefungsarbeiten für die Verwaltungsstruktur auf dannzumal gesicherter Grundlage initiieren. Bereits vorgängig wird er das zweckmässige Vorgehen evaluieren.

6.2 Wahlverfahren

Auch die Auswirkungen des Gemeinderatsmodells gemäss Initiativbegehren „5 statt 7“ sowie des gemeinderätlichen Gegenvorschlags (mit 5 hauptamtlichen Gemeinderatsmitgliedern) auf das Wahlverfahren hat der Gemeinderat summarisch geprüft.

Es ist davon auszugehen, dass sich die mit dem heutigen (relativ komplizierten) Wahlsystem für den Gemeinderat verbundenen Schwierigkeiten (Nachvollziehbarkeit des Verdrängungsmechanismus) mit dem Gemeinderatsmodell gemäss Initiativbegehren noch akzentuieren würden. Der Gemeinderat hat auch erste Abklärungen darüber getroffen, ob der heute geltende Verdrängungsmechanismus verbessert werden könnte, ohne das Grundsystem in Frage zu stellen. Dabei hat sich gezeigt, dass sich erhebliche Verbesserungen kaum erzielen lassen, wenn das Grundsystem beibehalten werden soll. Sollte nach der Abstimmung über die Initiative Köniz weiterhin einen Gemeinderat mit hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern haben würde der Gemeinderat vertieft prüfen, ob und welche Verbesserungen am Wahlsystem möglich sind.

Demgegenüber ist eindeutig, dass das Gemeinderatsmodell gemäss Gegenvorschlag des Gemeinderates zu einer deutlichen Vereinfachung des Wahlverfahrens führen würde, da es kein Nebeneinander von Hauptamt und Nebenamt mehr gäbe.

Aus dem bereits in Ziffer 2.2. erwähnten Grundsatz der Einheit der Materie ist zunächst der Volksentscheid über das Gemeinderatsmodell abzuwarten. Unmittelbar danach wird der Gemeinderat die Arbeiten für das Wahlverfahren aufnehmen, so dass allfällige Änderungen am bisherigen Wahlsystem vor den nächsten Gemeinderatswahlen beschlossen werden können.

C Nachrücken Gemeinderat

7. Kronprinzeninitiative

7.1 Inhalt

Der Wortlaut der Initiative ist bereits in Ziffer 1.1 wiedergegeben.

Das Volksbegehren verlangt, dass bei einem Rücktritt eines hauptamtlichen Mitgliedes des Gemeinderates eine Ersatzwahl stattfindet, und zwar nach den Vorschriften für die Ersatzwahl in das Gemeindepräsidium.

7.2 Vorläufige Würdigung des Initiativbegehrens durch den Gemeinderat

Der Gemeinderat hat grundsätzlich Verständnis für das Anliegen, das mit dem Initiativbegehren zum Ausdruck gelangt, entspricht doch dieses dem ursprünglichen Hauptvorschlag des Gemeinderates bei der Revision des Abstimmungs- und Wahlreglementes (Splitting in Reglement und Verordnung) im Jahr 2005.

Er hält aber – ähnlich wie bei der Initiative „5 statt 7“ – im heutigen Zeitpunkt für richtig, die eingereichte Kronprinzeninitiative zum Anlass zu nehmen, die in Betracht fallenden Regelungen für das Nachrücken in den Gemeinderat bei Rücktritten gesamthaft zu analysieren.

8. Vergleich möglicher Regelungen

8.1 Kriterien für die Bewertung von Regelungen

8.1.1 Grundsätzliche Bemerkungen

Auch die Beurteilung der Eignung und Zweckmässigkeit von Regelungen für das Nachrücken in den Gemeinderat bei Rücktritten ist keine exakte Wissenschaft. Es sind ebenfalls vor allem politische Weichenstellungen vorzunehmen.

Aber auch hier ist es sinnvoll, die in Betracht fallenden Regelungen nach rationalen Kriterien zu würdigen.

8.1.2 Kriterien des Gemeinderates

Bei seiner Würdigung der aus seiner Sicht ernsthaft in Betracht zu ziehenden Regelungen hat der Gemeinderat insbesondere die folgenden Kriterien als relevant bezeichnet:

- Respektierung des Wählerwillens
- Respektierung der Mehrheitsverhältnisse während einer Legislatur
- Vermeiden von Leerlauf
- Funktionieren des Gemeinderates sicherstellen
- Demokratische Legitimation

- Verhinderung von taktisch motivierten Rücktritten

Der Gemeinderat ist sich auch bei diesem Thema bewusst, dass der Kreis der Kriterien weiter gezogen werden könnte. Er geht aber davon aus, dass die von ihm berücksichtigten Kriterien ausreichend erlauben, die ernsthaft in Betracht fallenden Regelungsmodelle zu würdigen.

8.2 Näher geprüfte Regelungsmodelle

Der Gemeinderat hat die nachfolgend zusammengefassten möglichen Regelungsmodelle näher geprüft:

8.2.1 Heutige Regelung

Im Reglement über Abstimmungen und Wahlen (vom 5. Juni 2005) ist vorgesehen, dass beim Ausscheiden eines vollamtlichen oder nebenamtlichen Mitgliedes des Gemeinderates die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nachrückt. Nur wenn auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden sind, wird eine Ersatzwahl durchgeführt, analog zur Ersatzwahl für das Gemeindepräsidium (Artikel 51).

Beim Ausscheiden des Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer findet eine Ersatzwahl analog der Bestimmungen über die ordentliche Wahl statt (Artikel 60 bzw. 53ff).

8.2.2 Kronprinzeninitiative

Die Kronprinzeninitiative will das heute für die Ersatzwahl in das Gemeindepräsidium zur Anwendung gelangende Vorgehen (vgl. Ziffer 8.2.1) auf alle hauptamtlichen Mitglieder des Gemeinderates ausweiten. Es würde also beim Rücktritt eines hauptamtlichen Mitglieds des Gemeinderates zu einer Ersatzwahl kommen. Demgegenüber wäre beim Rücktritt von nebenamtlichen Mitgliedern nach wie vor ein Nachrücken der Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen vorgesehen.

8.2.3 Ausweitung der Kronprinzeninitiative auf nebenamtliche Mitglieder

Dieses Modell sieht vor, das Initiativbegehren nicht nur für die hauptamtlichen Mitglieder, sondern für sämtliche Gemeinderatsmitglieder anzuwenden. Demnach würde bei einem Rücktritt eines Gemeinderatsmitglieds in jedem Fall eine Ersatzwahl stattfinden, und es würde in dieser Hinsicht keine Unterscheidung zwischen hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern getroffen.

8.2.4 Bieler Modell

Die Stadt Biel kennt eine Zwischenlösung zwischen Nachrücken und Ersatzwahl: Beim Rücktritt eines Gemeinderatsmitglieds (hauptamtlich oder nebenamtlich) erhält die betreffende Gemeinderatsliste Gelegenheit, innert bestimmter Frist eine Ersatzperson vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wird amtlich publiziert und es besteht die Möglichkeit, ihn innert vier Wochen zu bestreiten, wofür 3'000 Unterschriften nötig sind. Ist die Bestreitung erfolgreich, können alle politischen Gruppierungen Wahlvorschläge einreichen und es findet eine ordentliche Ersatzwahl statt.

8.3. Die Regelungsmodelle im Vergleich: Ergebnis

8.3.1 Hauptsächliche Vor- und Nachteile der einzelnen Regelungsmodelle

Auch bei dieser Thematik haben alle Mitglieder des Gemeinderates sämtliche in Betracht gezogenen Regelungsmodelle an Hand der als massgeblich bezeichneten Kriterien bewertet und der Gemeinderat hat im Kollegium die Ergebnisse dieser Bewertung diskutiert. Für die einzelnen Regelungsmodelle hat sich dabei insbesondere Folgendes ergeben:

- Heutiges Regelungsmodell
Der Hauptvorteil der heutigen Regelung besteht darin, dass die Mehrheitsverhältnisse während einer Legislatur nicht verändert werden und dass keine unnötigen Ersatzwahlen durchgeführt werden müssen. Zudem ist das Funktionieren des Gemeinderates gewährleistet. Der Hauptnachteil des Status Quo besteht darin, dass er auch taktisch motivierte Rücktritte ermöglicht, womit zugleich die demokratische Legitimation nicht in jedem Fall gewährleistet ist.
- Kronprinzeninitiative
Der Hauptvorteil des Initiativbegehrens besteht darin, dass rein taktisch motivierte Rücktritte verhindert werden und die demokratische Legitimation für die in einer Ersatzwahl gewählten Personen gegeben ist. Der Nachteil besteht darin, dass auch dann eine formelle Ersatzwahl durchzuführen ist, wenn die von der betreffenden Partei vorgeschlagene Person praktisch unbestritten ist. Ferner ist durch eine Ersatzwahl die Veränderung des Proporz für den Rest der Legislatur nicht auszuschliessen.

Kronprinzeninitiative für hauptamtliche und nebenamtliche Mitglieder

Die Vor- und Nachteile sind identisch mit der Regelung der Kronprinzeninitiative. Zusätzlich hat dieses Regelungsmodell den Vorteil, dass es in Bezug auf das Nachrücken keine Unterscheidung zwischen hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern trifft, da diese in Bezug auf dieses Thema als nicht sachgerecht erachtet wird.

- Regelungsmodell Biel
Dieses Modell weist keine eindeutigen Vor- und Nachteile auf, da es eine Kompromisslösung darstellt.

8.3.2 Folgerungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist zu folgenden Ergebnissen gelangt:

- Eine Änderung der geltenden Regelung ist angezeigt; ein automatisches Nachrücken in ein Gemeinderatsamt wird als nicht gerechtfertigt erachtet.
- Es besteht kein überzeugender Grund, in Bezug auf das Prozedere bei Rücktritten während einer Legislaturperiode hauptamtliche und nebenamtliche Mitglieder des Gemeinderates anders zu behandeln.
- Das Modell Biel stellt einen Kompromiss dar, ist aber für Köniz keine wirklich überzeugende Alternative.

Somit hält der Gemeinderat für richtig, die in der Kronprinzeninitiative vorgesehene Regelung zu übernehmen, aber sowohl für hauptamtliche als auch nebenamtliche Mitglieder.

8.4 Folgerung: Gegenvorschlag zur Kronprinzeninitiative

Der Gemeinderat empfiehlt dem Parlament zuhanden der Stimmberechtigten, der Kronprinzeninitiative folgenden Gegenvorschlag einer Teiländerung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen gegenüber zu stellen:

Art. 51 Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates

1 Scheidet ein Mitglied des Gemeinderates früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl statt.

2 Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60).

3 unverändert

4 unverändert

(Bestehender Art. 51 des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005: Beilage 3a)

Mit dieser Formulierung ist gewährleistet, dass die Regelung mit dem Gemeinderatsmodell gemäss Initiativbegehren „5 statt 7“ und mit dem Gemeinderatsmodell gemäss gemeinderätlichem Gegenvorschlag vereinbar ist. Sollte der Gegenvorschlag angenommen werden, könnte der Absatz 3 in der anschliessenden Überarbeitung des Wahlverfahrens gestrichen werden.

D Schlussbemerkungen und Antrag

9. Gesamtwürdigung durch den Gemeinderat

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass er mit seinem Gegenvorschlag zur Initiative „5 statt 7“, der 5 hauptamtliche Mitglieder vorsieht, einen grossen und auch mutigen Schritt unternimmt, den die Gegnerschaft dieses Vorschlags vielleicht gar als „übermütig“ beurteilen wird. Er ist aber überzeugt, dass die Lancierung einer Initiative für die Verkleinerung des Gemeinderates genutzt werden sollte, um unvoreingenommen und sachlich die Grundfragen eines optimalen künftigen Gemeinderatsmodells für Köniz zu diskutieren. In seiner eigenen Auseinandersetzung mit dem Thema ist der Gemeinderat zur Überzeugung gelangt, dass entweder das heutige, durchaus noch taugliche System beibehalten werden sollte oder dann eine grundlegende Neuausrichtung vorzunehmen ist. Die Korrektur, wie sie die Initiative mit der Reduktion von 4 auf 2 nebenamtliche Mitglieder vorsieht, erachtet der Gemeinderat als letztlich nicht zielführend.

Deshalb empfiehlt der Gemeinderat dem Parlament, der Initiative „5 statt 7“ einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen, welcher die Schaffung von 5 hauptamtlich geführten Direktionen (5 Gemeinderatsmitglieder mit einem Pensum von je 80 %) vorsieht.

Sollte das Parlament in der grundlegenden Modellwahl der Empfehlung des Gemeinderates nicht folgen wollen und sich zugunsten eines Modells mit 3 hauptamtlichen und 2 nebenamtlichen Mitgliedern entscheiden, so sollte das Parlament nach Auffassung des Gemeinderates auch dann dem Initiativbegehren einen Gegenvorschlag gegenüber stellen, welcher die Mängel der Initiative beseitigt (Verzicht auf Flexibilität der Pensen oder zumindest Einschränkung der Flexibilität und Zuteilung der Stellenprozente auf die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates auf Verordnungsstufe; Verzicht auf Begrenzung auf 350 Stellenprozente; Beschränkung der zulässigen Nebenbeschäftigungen für hauptamtliche Mitglieder).

In Bezug auf die **Kronprinzeninitiative empfiehlt der Gemeinderat dem Parlament ebenfalls, den Stimmberechtigten einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.** Dieser nimmt das Grundanliegen des Initiativbegehrens auf, erklärt es aber für alle Gemeinderatsmitglieder anwendbar.

Der **Botschafts**entwurf wird nach Verabschiedung des Berichts durch das Parlament und einem allfälligen Rückzug der Initiativen vom Gemeinderat zuhanden der Kommission und des Parlamentes verabschiedet.

10. Vorprüfung

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung hat die im Zusammenhang mit der Initiative "5statt 7" inklusive Gegenvorschlag und mit der "Kronprinzen"-Initiative inklusive Gegenvorschlag vorgeschlagenen Änderungen der Gemeindeordnung und des Abstimmungs- und Wahlreglementes als rechtlich korrekt beurteilt.

11. Inkrafttreten

Die mit der Initiative "5 statt 7" bzw. dem Gegenvorschlag vorgeschlagene Änderung der Gemeindeordnung soll auf die neue Legislatur hin, also auf den 1. Januar 2010, in Kraft treten. Insbesondere bei der Annahme des Gegenvorschlages sind zusätzliche Anpassungen im Ab-

stimmungs- und Wahlreglement und im Verwaltungsorganisationsreglement notwendig. Die vorberatende Kommission und der Gemeinderat haben sich in einer gemeinsamen Absichtserklärung verpflichtet, bei der Annahme des Gegenvorschlages die Verwaltungsreorganisation und Überprüfung des Wahlsystems ohne Verzug in Angriff zu nehmen. Sollten diese Änderungen vom Parlament bzw. von den Stimmberechtigten gemäss vorgesehenem Zeitplan bis Ende 2008 beschlossen werden, wird der Gemeinderat das neue Gemeinderatsmodell per 1. Januar 2010 in Kraft setzen können.

Die mit der "Kronprinzeninitiative" bzw. dem Gegenvorschlag vorgeschlagene Änderung des Reglements über Abstimmungen und Wahlen kann während der laufenden Legislatur in Kraft gesetzt werden. Vorbehalten bleibt die Genehmigung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung.

12. Behandlung der Vorlage durch die Kommission

Das Parlament setzte am 12. März 2007 zur Begleitung der Initiative "5 statt 7" und der "Kronprinzeninitiative" sowie der damit zusammenhängenden Reglementsrevisionen eine nicht-ständige Kommission mit 11 Parlamentarierinnen/Parlamentariern bis maximal Ende Legislaturperiode (2009) ein.

Die Kommission befasste sich an vier Sitzungen mit der Vorlage. Die Absichtserklärung wurde in einem Ausschuss der Kommission und des Gemeinderates vorbereitet. Im Übrigen wird auf die separate Stellungnahme der Kommission verwiesen.

13. Antrag

13.1 Antrag zur Initiative „5 statt 7“

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf:

1. Das Parlament nimmt Kenntnis von der gemeinsamen Absichtserklärung der Kommission und des Gemeinderats vom 11. Juli bzw. 8. August 2007.
2. Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, die Initiative "5 statt 7" abzulehnen.
3. Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, den Gegenvorschlag "5 x 80" anzunehmen.
4. *Zusatzfrage, wenn die Ziffern 2 und 3 mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten.*
Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, dem Gegenvorschlag den Vorzug zu geben.
5. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Teilrevision der Gemeindeordnung vom 24. Februar 2008.
6. Die in ein Postulat umgewandelte Motion SP/JUSO-Fraktion betr. flexible Arbeitszeiten Exekutive (0402) wird abgeschrieben.

13.2 Antrag zur Kronprinzeninitiative

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf:

1. Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, die Kronprinzeninitiative abzulehnen.
2. Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, den Gegenvorschlag "Ersatzwahlen bei jedem Ausscheiden" anzunehmen.
3. *Zusatzfrage, wenn die Ziffern 1 und 2 mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten.*
Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, dem Gegenvorschlag den Vorzug zu geben.
4. Die Teilrevision des Reglements über Abstimmungen und Wahlen vom 24. Februar 2008 tritt unter Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständige kantonale Stelle auf den 1. Juni 2008 in Kraft.

Köniz, 29. August 2007

Der Gemeinderat

Beilagen:

Zur Initiative "5 statt 7":

1a: Bestehende Regelung: Art. 56, 57 und 31 der Gemeindeordnung vom 16.5.2004

1b: Teilrevision zur Initiative "5 statt 7": Art. 56 und 57 der Gemeindeordnung

1c: Teilrevision zum Gegenvorschlag: Art. 56, 57 und 31 der Gemeindeordnung

2: Motion SP/JUSO-Fraktion (0402) betr. Flexible Arbeitspensen Exekutive mit Antwort des Gemeinderates vom 19. Mai 2004 und Verlängerung der Erfüllungsfrist vom 21. August 2006

Zur "Kronprinzeninitiative":

3a: Bestehende Regelung: Art. 51 des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005

3b: Teilrevision zur Kronprinzeninitiative: Art. 51 des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen

3c: Teilrevision zum Gegenvorschlag: Art. 51 des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen

Zur Kommission:

4: Absichtserklärung der Kommission und des Gemeinderats vom 11. Juli bzw. 8. August 2007

5: Stellungnahme der Kommission Initiative "5 statt 7" und der "Kronprinzeninitiative"

6: Termine, weiteres Vorgehen

Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004

5. Gemeinderat

5.1 Zusammensetzung, übrige Tätigkeiten

Art. 56

Zusammen-
setzung

Der Gemeinderat besteht aus sieben Mitgliedern:

- a) der vollamtlichen Präsidentin oder dem vollamtlichen Präsidenten,
- b) zwei weiteren vollamtlichen Mitgliedern,
- c) vier nebenamtlichen Mitgliedern.

Art. 57

Nebenbeschäfti-
gungen, politische
und öffentliche
Ämter

- 1 Die vollamtlichen Mitglieder des Gemeinderates dürfen keine andere Erwerbstätigkeit ausüben.
- 2 Die Mitglieder des Gemeinderates dürfen nicht gleichzeitig der Bundesversammlung und dem Grossen Rat angehören.
- 3 Soweit es das öffentliche Interesse erfordert, vertreten Mitglieder des Gemeinderates die Gemeinde in Unternehmungen und Organisationen. Der Gemeinderat bestimmt die Vertretung.
- 4 Der Jahresbericht gibt Auskunft über die Vertretungen.
- 5 Für die Ablieferung der Entschädigungen gilt das Reglement über die Entschädigung der Behördenmitglieder.

3.2 Zuständigkeiten

3.2.1 Wahlen

Art. 31

Wahlen

Die Stimmberechtigten wählen im Verhältniswahlverfahren (Proporz):

- a) die Mitglieder des Parlaments,
- b) die Mitglieder des gesamten Gemeinderates,
- c) die vollamtlichen Mitglieder des Gemeinderates und im Mehrheitswahlverfahren (Majorz)
- d) die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten

Teilrevision der Gemeindeordnung zur Initiative "5 statt 7"

Art. 56, Zusammensetzung

- 1 Der Gemeinderat besteht aus 5 Mitgliedern:
 - a) der hauptamtlichen Präsidentin oder dem hauptamtlichen Präsidenten (Beschäftigungsgrad mind. 80 Stellenprozente),
 - b) zwei weiteren hauptamtlichen Mitgliedern (Beschäftigungsgrad mind. 80 Stellenprozente),
 - c) zwei nebenamtlichen Mitgliedern.
- 2 Der Gemeinderat beansprucht insgesamt maximal 350 Stellenprozente.
- 3 Die Zuteilung der Stellenprozente auf die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates wird in einem Reglement des Parlaments geregelt.

Art. 57, Nebenbeschäftigungen, politische und öffentliche Ämter

- 1 Die hauptamtlichen Mitglieder des Gemeinderates mit einem Beschäftigungsgrad von 100 Stellenprozenten dürfen keine andere Erwerbstätigkeit ausüben.
(Rest von Artikel 57 unverändert)

Teilrevision der Gemeindeordnung zum Gegenvorschlag

Art. 56, Zusammensetzung

Der Gemeinderat besteht einschliesslich der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten aus 5 Mitgliedern mit einem Beschäftigungsgrad von 80 %.

Art. 57, Nebenbeschäftigungen, politische und öffentliche Ämter

- 1 Die Mitglieder des Gemeinderates dürfen eine Nebenbeschäftigung ausüben, soweit diese zeitlich und sachlich mit dem Amt eines Mitglieds des Gemeinderates vereinbar ist.
- 2 Ein Mitglied des Gemeinderates darf nicht gleichzeitig der Bundesversammlung und dem Grossen Rat angehören.
- 3 aufgehoben
- 4 Sämtliche Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Interessenbindungen sowie Gemeindevertretungen sind in einem Register offenzulegen.
- 5 Das Parlament regelt die zum Vollzug nötigen Ausführungsbestimmungen in einem Reglement.

Art. 31 Wahlen

Die Stimmberechtigten wählen im Verhältniswahlverfahren (Proporz):

- a) unverändert
- b) die Mitglieder des Gemeinderates
- c) aufgehoben
und im Mehrheitswahlverfahren (Majorz)
- d) die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten.

Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 21. Juni 2004

Beantwortung 0402

Motion SP / JUSO-Fraktion betr. Flexible Arbeitspensen Exekutive

Text der Motion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im neuen Organisationsreglement ähnlich wie die Stadt Thun, die Möglichkeit der Pensenreduktion für vollamtliche Mitglieder (inklusive der Präsident / die Präsidentin) und die Möglichkeit der Pensenanpassung der nebenamtlichen Mitglieder der Exekutive einzuführen. Das Gesamtpensum der Mitglieder des Gemeinderates soll bei den jetzigen 400 Stellenprozent bleiben.

Begründung

Zur Zeit wird die Gemeindeordnung überarbeitet. Da im Anschluss an diese Überarbeitung auch die Revision des Organisationsreglementes geplant ist, ist es wichtig, dieses Thema schon jetzt einzubringen.

Spätestens seit den letzten Grossratswahlen ist klar, dass auch in einem Vollamt die Möglichkeit zur Pensenreduktion möglich sein sollte. Drei Exekutivmitglieder wurden gleichzeitig in den Grossrat gewählt. Neben ihrem 100% Job haben sie noch fünf bis sechs Sessionen à zwei Wochen im Rathaus pro Jahr.

Daneben gibt es aber auch andere Fälle, in denen eine solche Pensenreduktion sinnvoll wäre. Z.B. für Familienfrauen und -väter, für Weiterbildungen der Mitglieder, für solche Gemeinderatsmitglieder, die sich auf den Ausstieg aus dem Gemeinderat vorbereiten: im Hinblick auf die Pensionierung oder im Hinblick auf eine berufliche Neuorientierung. Die Vollämter würden dadurch attraktiver, auch für Frauen.

Die Stadt Thun hat für solche, aber auch andere Fälle in ihrem „Reglement über Pensen und Entschädigungen des Gemeinderates“ (RPEG) Voraussetzungen für die Pensenreduktion der Vollamtlichen, aber auch eine Pensenanpassung für die nebenamtlichen Mitglieder geschaffen. Das Thuner Reglement sieht vor, dass die zwei hauptamtlichen Mitglieder (der Präsident ist 100%) ihr Pensum um höchstens 20% reduzieren können, wenn sie:

- „a) in einem Parlament auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene Einsitz nehmen,
- b) einer sonstigen regelmässigen Aufgabe ausserhalb der Stadtpolitik nachgehen,
- c) sich auf den Ausstieg aus dem Gemeinderatsamt vorbereiten,
- d) oder ein sonstiges wichtiges Bedürfnis geltend machen, das eine Reduktion der Amtspflichten rechtfertigt.“

Da es ja im Interesse der Gemeinde ist, wenn ihre Exekutivmitglieder auch im kantonalen oder nationalen Parlament die Anliegen der Gemeinde vertreten, aber auch, dass die Exekutivmitglieder Zeit für Weiterbildungen und Zeit für ihre Familien haben oder sich auf den Ausstieg vorbereiten können, sollte die Erarbeitung eines solchen Reglementes möglich sein.

Katrin Sedlmayer, Stephie Staub, Regula Ochsner, Claudia Egli, Luc Mentha, Ursula Wyss, Peter Deutsch, Valentin Lagger, Ignaz Caminada, Rita Haudenschild, Mélanie Mader, Peter Antenen, Elisabeth Troxler, Hugo Staub, Marlise Schörlin (15)

Eingereicht am 9. Februar 2004

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat legt die Regierungstätigkeit eher mit Aufgaben als mit Pensen fest.

Heute kennt die Gemeindeordnung nur Voll- und Nebenämter. Wenn von 100% bei den Vollämtern und 25% bei den Nebenämtern die Rede ist, dann sind nicht Pensen im Sinne des Arbeitsrechts gemeint, sondern es wird damit lediglich das ungefähre Verhältnis zwischen Voll- und Nebenamt beschrieben. Dieses Verhältnis ist eine Zielvorstellung, die nicht unbedingt mit der Realität übereinstimmt. Sie dient hauptsächlich der Festlegung der Organisation der Direktionen und der Entschädigung der Exekutivmitglieder.

Wie das Beispiel der Stadt Thun zeigt, ist ein solches „Pensen“-Modell grundsätzlich möglich. Ob ein solches Modell für Köniz eine taugliche Lösung darstellt, will der Gemeinderat prüfen.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, den Vorstoss als Postulat anzunehmen.

Antrag

Annahme als Postulat.

Köniz, 19. Mai 2004

Der Gemeinderat

Reglement über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005

Art. 51

Ausscheiden von
Mitgliedern des
Gemeinderats

- 1 Scheidet ein vollamtliches oder ein nebenamtliches Mitglied aus, rückt die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nach. Art. 50 Abs. 1 und 2 ist sinngemäss anwendbar
- 2 Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60) statt.
- 3 Rochaden zwischen einem Vollamt und einem Nebenamt im Gemeinderat sind ausgeschlossen.
- 4 Vorbehalten bleiben die gesetzlichen Vorschriften über den Minderheitenschutz⁷.

⁷ Art. 38 ff. Gemeindegesetz vom 16. März 1998 (GG); BSG 170.11

Teilrevision des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen zur Kronprinzeninitiative

Art. 51, Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates

- 1 Scheidet ein hauptamtliches Mitglied des Gemeinderats früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60) statt.
- 2 Scheidet ein nebenamtliches Mitglied aus, rückt die Ersatzperson der betreffenden Gemeinderatsliste mit den meisten Stimmen nach. Art. 50 Abs. 1 und 2 ist sinngemäss anwendbar. Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, findet eine Ersatzwahl nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60) statt.
- 3 unverändert
- 4 unverändert

Teilrevision des Reglementes über Abstimmungen und Wahlen zum Gegenvorschlag

Art. 51, Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates

- 1 Scheidet ein Mitglied des Gemeinderates früher als sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus, findet eine Ersatzwahl statt.
- 2 Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über die Ersatzwahl der Gemeindepräsidentin oder des Gemeindepräsidenten (Art. 60).
- 3 unverändert
- 4 unverändert

An das Parlament

Absichtserklärung

Der Gemeinderat hat in seinem Bericht zu den beiden Initiativen und in einem von der Kommission verlangten Zusatzbericht die Auswirkungen des Gegenvorschlages auf die Verwaltungsstruktur und das Wahlverfahren skizziert. Die Kommission misst diesen Fragen hohe Bedeutung zu. Sie ist mit dem Gemeinderat einig, dass die konkrete Ausgestaltung der Verwaltungsorganisation und des Wahlverfahrens nicht gleichzeitig mit dem grundlegenden Modellentscheid vorgelegt werden soll und dass dadurch die weiteren Entscheide nicht präjudiziert werden. Sollten die Stimmberechtigten im Februar 2008 den Gegenvorschlag beschliessen, müssten unmittelbar danach die Arbeiten für die Revision der Verwaltungsorganisation und für die Überprüfung des Wahlsystems aufgenommen werden, damit das Gemeinderatsmodell auf die neue Legislatur hin (per 1.1.2010) in Kraft gesetzt werden kann.

Die Kommission und der Gemeinderat sind sich einig im weiteren Vorgehen. Sie verpflichten sich, bei der Annahme des Gegenvorschlages die Verwaltungsreorganisation und die Überprüfung des Wahlsystems gemäss beiliegendem Terminplan in Angriff zu nehmen und dem Parlament zum Beschluss zu unterbreiten.

Für die Kommission Initiative 5 statt 7 und Kronprinzeninitiative
Köniz, den 8. August 2007

Die Präsidentin:

Anna Mäder

Köniz, den 11. Juli 2007

Im Namen des Gemeinderates

Der Gemeindepräsident

Die Gemeindeschreiberin

Luc Mentha

Beatrice Zbinden

Beilage:

Terminplan Verwaltungsreorganisation und Überprüfung Wahlverfahren

	März 08	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar 09	Februar	März
Wahlverfahren (Regl. Abst. u. Wahlen; Gemeindeordnung: Proporz/Majorz	GR	GR	GR	Kommission		GR	Parlament		Volk				
Verwaltungs- reorganisation (Reglement)	GR	GR	GR	GR		GR	Kommission	Kommission	GR	Parlament			
Verwaltungs- reorganisation (Verordnung)											GR	GR	GR

6.7./8.8.07/Zb

Bern, 4. Oktober 2007

Bericht der vorberatenden Kommission Initiativen „5 statt 7“ und Kronprinzeninitiative

Die Kommission befasste sich in insgesamt 4 Sitzungen mit den Initiativen „5 statt 7“ und Kronprinzeninitiative sowie dem Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament vom 24. April 2007. Bei der Beratung der verschiedenen Gemeinderatsmodelle diskutierte die Kommission unter anderem auch die Auswirkungen des Gegenvorschlages auf das Wahlverfahren und die Verwaltungsstruktur. Die Kommission misst diesen Fragen hohe Bedeutung zu. Aus diesem Grund erarbeitete im Auftrag der Kommission ein Ausschuss von Kommissions- und Gemeinderatsmitgliedern die Absichtserklärung vom 11. Juli 2007 mit einem verbindlichen Zeitplan für das weitere Vorgehen. Dieses Papier wurde vom Gemeinderat am 11. Juli 2007 und von der Gesamtkommission an deren letzten Sitzung vom 08. August 2007 verabschiedet.

Die Kommission empfiehlt dem Parlament, die Initiative "5 statt 7" abzulehnen und den Gegenvorschlag des Gemeinderates anzunehmen.

Die anlässlich der letzten Kommissionssitzung durchgeführten Abstimmungen ergaben im Einzelnen folgende Ergebnisse:

- Initiative "5 statt 7": 5 dafür, 6 dagegen, keine Enthaltung
- Gegenvorschlag GR: 10 dafür, 1 dagegen, keine Enthaltung

Die Kommission empfiehlt dem Parlament, sowohl die Kronprinzeninitiative als auch den Gegenvorschlag des Gemeinderates anzunehmen. Sollten beide Varianten mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten, empfiehlt die Kommission dem Parlament den Gegenvorschlag anzunehmen.

Die anlässlich der letzten Kommissionssitzung durchgeführten Abstimmungen ergaben im Einzelnen folgende Ergebnisse:

- Kronprinzeninitiative: 6 dafür, 5 dagegen, keine Enthaltung
- Gegenvorschlag GR: 10 dafür, 0 dagegen, eine Enthaltung
- Zusatzfrage, weil beide Varianten mehr Ja- als Nein-Stimmen erhielten: 1 für Initiative, 10 für Gegenvorschlag, keine Enthaltung.

Für die vorberatende Kommission Initiativen „5 statt 7“
Die Präsidentin:

Anna Mäder-Garamvölgyi

Initiative 5 statt 7; Kronprinzeninitiative; Termine, weiteres Vorgehen

Beilage 6

wann	wer	was
24.4.07 Klausur GR	GR	<ul style="list-style-type: none"> • Verabschiedung Bericht an Parlament • Information Medien, etc.
<ul style="list-style-type: none"> • 2. Mai 20.00 • 24. Mai 20.00 	parl. Kommission GR-Delegation	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung z.Hd. Parlament
27.6.07	GR	<ul style="list-style-type: none"> • Verabschiedung zusätzlicher Bericht an Kommission
<ul style="list-style-type: none"> • 3. Juli 19.00 • 6. Juli 2007 (Ausschuss) • 8. August 07 20.00 	parl. Kommission GR- Delegation	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung z.Hd. Parlament
bis 29.8.07	GR	Def. Verabschiedung des Berichts an Parlament
bis 6.9.07	Parlsekretariat	Versand an Parlament und Initiativkomitees

22.10.07	Parlament	Beschlussfassung (ohne Botschaft)
bis 25. Oktober	Initiativkomitees	ev. Rückzug der Initiativen
7.11.07	GR	Verabschiedung Botschaft z.Hd. Parlament
15.11.07		Aktenversand
10.12.07	Parlament	Genehmigung Botschaft
Dez. 07/Jan. 08	GP/GS GR	Projektorganisation aufgleisen für Revision: - Verwaltungsorganisation - Wahlverfahren - Behördenentschädigung - Abgangsentschädigung
24.02.08	Volk	Abstimmung über Initiativen und allfällige Gegenvorschläge
27.02.08	GR	Def. Start Nachfolgeprojekte